

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 18 (1938-1939)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Die Lage in Elsass-Lothringen  
**Autor:** Bickler, Hermann  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-158526>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Lage in Elsaß-Lothringen.

Von Hermann Bickler.

Wenn der letzte Bericht über Elsaß-Lothringen<sup>1)</sup> besonders von der politischen Entwicklung des Landes seit der Machtübernahme der Volksfront in Paris handelte, so sollen sich nachstehende Ausführungen hauptsächlich mit der wirtschaftlichen Lage befassen, die sich in der letzten Zeit in so bedenklicher Weise zugespielt hat, daß auch Kreise, die bisher alle Zentralisierungsmaßnahmen der Pariser Regierungen unbesehnen hinnehmen, sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß Selbsthilfe not tut, wenn das ehemals so reiche und leistungsfähige Wirtschaftsgebiet Elsaß-Lothringen nicht endgültig verkümmern soll. An dieser für manche Verantwortliche natürlich unangenehmen Tatsache wird auch die Heze der Elemente nichts ändern können, die es jüngst unternommen haben, den erschrockenen Franzosen und der aufhorchenden Umwelt den Nachweis zu liefern, daß sich zwischen Rhein und Vogesen der Nationalsozialismus zu einer furchtbaren Gefahr entwickelt habe und Frankreich nur durch die sofortige Anwendung schärfster Gewaltmaßnahmen davor bewahrt werden könne, die 1918 erworbenen Provinzen wieder zu verlieren.

### 1.

Es ist in diesen Tagen in der heimatrechtlichen „Elsaß-Lothringen Zeitung (ELZ)“ von Straßburg an eine Rede erinnert worden, die der damalige Minister für öffentliche Arbeiten, André Tardieu, am 1. Oktober 1927 im Straßburger Rheinhafen hielt. Der Minister verwies auf die Steigerung der elsässischen Produktion auf den verschiedenen Gebieten und erklärte dann mit erhobener Stimme:

„So hat sich während eines achtjährigen Regimes ein Land entwickelt, dessen Boden beim Waffenstillstand zu einem Drittel brach lag und welches die deutsche Gesetzgebung für immer an die deutsche Wirtschaft angeschlossen zu haben wähnte. Deutschland sah im Elsaß ein Glacis, wir haben das Elsaß zur Werkstatt gemacht...“

Nach den Berichten unterbrach langanhaltender Beifall den Redner an dieser Stelle. Vermutlich befanden sich damals auch die Leute unter den klatschenden Zuhörern — die Vertreter der elsässischen Industrie nämlich —, als deren Wortführer der Präsident des oberelsässischen Generalrates (Bezirkstages), Herr André, am 10. Juni dieses Jahres den ernsten Satz sprach: „Die vor einigen Monaten erfolgte Gründung eines „Groupement alsacien de vigilance et d'action économique“ stellt den letzten großzügigen Ver-

<sup>1)</sup> Hest 9, Dezember 1937.

such dar, die elsäßische Industrie vor dem Untergang zu retten“.

Welch eine furchtbare Wandlung also innerhalb zehn Jahren zwischen den lauten Behauptungen Tardieu's, welche die ein Jahr später in der Kammer gehaltene, sogenannte „Wohltatenrede“ Poincaré's einleitete, und den düsteren Worten des oberelsäßischen Wirtschaftlers. Wie hat sich diese Wandlung vollzogen und auf welchen Gebieten hat sie sich besonders kräftig geäußert?

Sehr oft und bis in die letzte Zeit hinein wurde vornehmlich von Regierungsseite oder solchen, die zu allen Seiten als Offizialverteidiger der Regierung aufzutreten, auf die allgemeine Krise verwiesen, von der, wie ganz Frankreich, auch Elsaß-Lothringen nicht hätte verschont bleiben können. Diese Krise habe das Land, wie überhaupt den französischen Wirtschaftsraum, nur etwas später erfaßt, und so erkläre es sich, daß heute, wo andere Länder den tiefsten Stand bereits überwunden haben, Elsaß-Lothringen noch unter stärkstem Druck stehe. Je nach der parteipolitischen Einstellung dieser Gewährsleute wird dann noch mehr oder minder nachdrücklich auf die verhängnisvollen Auswirkungen der Blum'schen Wirtschaftsexperimente gedeutet. Heute aber steht fest, daß damit keine genügende Erklärung für den beispiellosen und eigenartigen Ließstand vieler Zweige der elsäßischen Wirtschaft gegeben ist. Heute muß von allen unboreingennommenen Beobachtern, ja sogar von denen, welchen ein solches Eingeständnis sehr schwer fällt, zugegeben werden, daß das Wirtschaftsleben in Elsaß-Lothringen besonderen Gesetzen unterworfen ist und daß gerade die Außerachtlassung dieser Gesetze während der ganzen letzten Jahre an der bedenklichen Verschärfung der Krise die Schuld trägt. Mit anderen Worten: heute hat eine unerbittliche Entwicklung, über die auch die schönsten Reden nicht mehr hinwegtäuschen können, den Beweis erbracht, daß die von Paris aus seit 1919 betriebene Zentralisierungspolitik ebenso auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem oder verwaltungspolitischem Gebiet allerlei zertrümmert und viel weniger aufgebaut hat.

Infolge der durch die Friedensverträge geschaffenen besonderen Lage am Rhein konnte sich unsere Industrie wohl einige Jahre der Scheinblüte erfreuen. Bald aber änderte sich das Bild von Grund auf. Auf dem innerfranzösischen Markt konnte z. B. die elsäßische Textilindustrie nicht mehr gegen die neu-, das heißt modern aufgebaute Industrie Nordfrankreichs aufkommen. Die Ausfuhr nach den bisherigen Absatzgebieten wurde allmählich abgeriegelt. Bei handelspolitischen oder rein politischen Entscheidungen wurde von der Zentrale, bei der keine elsässischen Vertreter zu Worte kamen, keine oder kaum Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im früheren Reichslande genommen. Das zeigte sich noch in besonders kräftriger Weise zum Leidwesen der Elsaß-Lothringischen Landwirtschaft von 1930 ab in der Frage der Saarabstimmung. Dort hätte die französische Politik ohne Zweifel durch kluge Verhandlungen mit dem Reich

sich nicht nur den für sie schlimmen Ausgang des Plebiszites, dessen politische Auswirkungen erst heute in ihrer vollen Tragweite abzusehen sind, zu ersparen vermocht, sondern auch rechtzeitig für den elsaß-lothringischen Export noch einige letzte Zugeständnisse von deutscher Seite erlangen können. Und so wie in diesem Einzelfall ging es eigentlich fast jedes Mal.

Dazu kam, daß in dem Maße, wie das Reich in den letzten Jahren wieder erstarke, das elsaß-lothringische Grenzgebiet in ein riesiges Festungsgebiet verwandelt wurde, in dem sich naturgemäß auch alle Wirtschaftsinteressen den militärischen Notwendigkeiten unterzuordnen hatten. In diesem Sinne erklärt sich der wirtschaftliche Niedergang unseres Landes im letzten Grund aus der großen Politik heraus. Und umgekehrt muß geschlossen werden, daß eine wirkliche Besserung durch wirtschaftliche Maßnahmen allein nicht mehr herbeigeführt werden kann, sondern durch eine grundsätzliche Umstellung der Außenpolitik, die als Ergebnis eine deutsch-französische Entspannung haben müßte, bedingt bleibt.

## 2.

In den ersten Jahren täuschte, wie schon bemerkt, eine Scheinkonjunktur über die tatsächliche Entwicklung hinweg. Diese Konjunktur berührte zu einem guten Teil auf der Tatsache, daß Elsaß-Lothringen zollpolitisch noch gar nicht völlig französisch war. Und so ergab sich das Paradoxon, daß die gouvernementalen Kreise diese eigentlich ganz und gar nicht „französische“ Konjunktur als Argument gegen die „schlechten Franzosen“ ins Feld führten, welche bereits vor dem hereinbrechenden Unheil warnten, daß sie damals schon kommen sahen.

Wohin die Reise ging, wurde eigentlich so recht sichtbar, als die elsässischen Banken, die seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben gespielt hatten, eine nach der anderen von den Pariser Großbanken aufgefressen wurden. Gar bald mußten die elsässischen Industriellen merken, daß damit eine tiefgreifende Veränderung in der Kreditgewährung vor sich gegangen war. Besonders die oberelsässische Textilindustrie traf Schlag auf Schlag. Sie versuchte vergeblich, für ihr früheres Hauptabsatzgebiet, das in Deutschland lag, Ersatz zu finden. Ihr Beispiel ist für die ganze elsässische Wirtschaft kennzeichnend. In einer Untersuchung stellte der Mülhauser Textilindustrielle Jäcquet um die Jahreswende fest, daß sich die Textilindustrie nach der Kriege zwar überraschend schnell in die neuen Verhältnisse eingelebt habe, diese mit einer gefährlichen Weichtfertigkeit vorgenommene Operation die sich stellenden Probleme jedoch nur verschleiert habe. Drei rein äußerliche Faktoren: die enormen Textilbedürfnisse infolge des Ausfallens der nordfranzösischen Erzeugung, die fünfjährige zollfreie Einfuhr nach dem Reich, und der fortdauernde Sturz des französischen Frankens hätten bis 1926 diesem Hauptzweig der elsässischen Industrie ein leichtes Leben verschafft. Bis 1930 noch hätten ihm die beträchtlich unter dem Weltmarktdurchschnitt liegenden Gestehungskosten

hinlängliche Absatzmöglichkeiten geboten. Erst von diesem Zeitpunkt ab seien die Schwierigkeiten aufgetaucht, die vorher hinter glänzenden Bilanzen verborgen geblieben waren. Die Konkurrenz der nordfranzösischen Betriebe wurde immer gefährlicher. Dazu wurde es in einer ganzen Reihe von Ausfuhrländern schwierig, die Guthaben hereinzubringen. Von 1931 ab schlossen die besten Kunden, wie das Reich und England, ihre Grenzen. Es traten Substanzverluste ein. Von 1930 bis 1937 verringerte sich so die Belegschaft der oberelsässischen Textilindustrie um nicht weniger als 38 %. In der Stoffdruckerei betrug dieser Rückschlag sogar 44,6 %. In Mülhausen, dem Ausgangspunkt und Zentrum der elsässischen Textilindustrie, befindet sich heute überhaupt keine Stoffdruckerei mehr. In der Wollspinnerei und Weberei hatten bis Anfang 1938 sieben führende Firmen ihre Tore geschlossen. 70 % der elsässischen Wollausstattung befanden sich außer Betrieb, während schon vorher die Belegschaft der Wollspinnereien und Webereien sich um 56,1 % vermindert hatte. Seither hat sich die Lage nicht gebessert. Das elsässische Textilsterben, wie es in der einheimischen Presse genannt wird, sei nur an zwei Beispielen der letzten Zeit gezeigt: Im Mai hat die Kammgarnspinnerei und Weberei „Manufacture de Bühl“, die 38,000 Spindeln und 1000 Webstühle beschäftigte, ihre vorzeitige Auflösung erklärt. Bis 1928, wo die nordfranzösische Wollindustrie wieder voll in Schwung kam, hatte das Unternehmen bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Franken durchschnittlich einen Jahresgewinn von 4—6 Millionen. Es verteilte damals eine Dividende von 20 %. Heute ist dieses drittälteste Wollunternehmen im Elsaß, das bis auf das Jahr 1809 zurückgeht, zusammengebrochen. Im Juni wurde dann die Liquidation der „Manufacture d'impression Gros-Roman“ im Wesserlinger Tal abgeschlossen. Sie hatte 26 500 Spindeln, 1370 Webstühle, 20 Druckmaschinen und 71 Drucktische umfaßt. Mit ihr geht ein großer Abschnitt der elsässischen Wirtschaftsgeschichte traurig zu Ende, wurde doch die Wesserlinger Stoffdruckerei schon im Jahre 1760 gegründet und überhaupt im gesamten Elsaß zum Anlaß der Entwicklung der Textilindustrie. Diese beiden Fälle reden eine erschütternde Sprache.

Auf anderen Gebieten tritt eine ähnliche Entwicklung vielleicht weniger kräftig in Erscheinung, aber sie ist vorhanden. Während die französischen Eisenbahngesellschaften früher jährlich 50 bis 60 Lokomotiven in der Maschinenfabrik von Graffenstaden bei Straßburg kauften, bestellten sie von 1932 bis 1936 insgesamt deren nur noch vier! Unternehmen, die an sich noch ertragreich gewesen wären, wandern aus dem Lande aus. Nachdem sie ihre Mühlenwerke am Rhein und in der Berliner Gegend abgestoßen hatte, verlegte so kürzlich die „Société française de meunerie“, die Finanz- und Handelsgesellschaft des bekannten Illkircher Mühlenkonzerns, ihren Stammsitz von Straßburg nach Paris. Hier, wie in andern Fällen, zieht sich die Privatindustrie aus einem Land zurück, das steuerpolitisch in ganz besonderem Maße belastet ist (bis heute bezahlt man

nämlich in Elsaß-Lothringen viel mehr Steuern als in Altfrankreich, ohne daß die sonst so eifrig betriebene Gleichschaltung hier auch nur ernsthaft in Angriff genommen worden wäre) und ihr militärisch viel zu sehr bedroht scheint. Dieses Verhalten ist ihr ja vom Staate selbst vorgemacht worden. So wurde noch in jüngster Zeit, ungeachtet des heftigen Protestes der Volksvertreter aus den verschiedensten Parteien, die Generaldirektion der Kalihandelsgesellschaft von Mülhausen nach Paris verlegt, und die Generaldirektion der Elsaß-Lothringischen Bahnen und damit deren Eigenständigkeit, die bis dahin noch mühsam hatte aufrecht erhalten werden können, beseitigt. Verblieb auch der Ertrag der elsässischen Kaligruben, der sich im Jahre 1937 auf nicht weniger als 570 Millionen f. Fr. belief (wenn der volkswirtschaftliche Wert für die Tonne anstehenden Rohsalzes nur mit 40 f. Franken angesetzt wird, so ergibt sich für das oberelsässische Kalivorkommen, das auf rund 1500 Millionen Tonnen Rohsalz geschätzt wird, ein Gesamtwert von 60 Milliarden f. Franken heutiger Währung), nur zu einem ganz verschwindenden Teil im Lande selbst, so bedeutet doch die Verlegung des Gesellschaftssitzes einen weiteren fühlbaren Verlust für die Stadt Mülhausen und den ganzen Bezirk Ober-Elsaß. Um die Straßburger Generaldirektion der Eisenbahnen, die manchen Leuten von jeher ein Dorn im Auge war, endlich abzuschaffen, wurde die vor etwa einem Jahre unternommene Gründung der „Nationalen Eisenbahngesellschaft“ benutzt. Im Zuge einer angeblichen Verstaatlichung, die aber in Wirklichkeit nach den Aussagen der engsten Mitarbeiter Blums selbst (siehe die diesbezüglichen Erklärungen des ehemaligen Ministers Moch) alles beim Alten ließ, wurden die bisherigen französischen Eisenbahnneße durch ebensoviele, ihnen genau entsprechende Regionen (Régions) ersetzt, mit Ausnahme — des Elsaß-Lothringischen Neßes, das einfach der neuen „Région de l'Est“, das heißt: der alten Compagnie de l'Est einverleibt wurde. Dort hat man nämlich schon seit dem Waffenstillstand lange Zähne nach den verhältnismäßig modern ausgerüsteten Elsaß-Lothringischen Bahnen.

Zu einer Verschärfung der allgemeinen Krise trug dann noch bei, daß die Elsaß-Lothringische Landwirtschaft im letzten Jahr von schwerem Mißgeschick heimgesucht wurde. Noch bevor der Frost großen Schaden angerichtet hatte, lichtete die Maul- und Klauenseuche in einem bisher noch nicht erlebten Ausmaß den Viehbestand, wobei hier nicht weiter erörtert werden soll, inwieweit die Behörden bei der Verhütung und späteren Bekämpfung der Seuche versagt haben. Es wird berechnet, daß unsere Bauern allein durch die Seuche an die 200 Millionen f. Fr. verloren haben.

### 3.

So ist es denn keineswegs verwunderlich, daß in der letzten Zeit der Gedanke der elsässischen Selbsthilfe auch dort Anhänger zu finden beginnt, wo man bisher jeder Regung dieser Art ablehnend, wenn nicht feindselig

gegenüberstand. Dafür bietet die Arbeit des „Groupement alsacien de Vigilance et d'action économique“ das beste Beispiel. Dieser auf Betreiben des rührigen Abgeordneten von Colmar, J. Rossé, vor etwa 6 Monaten gegründete Organismus umfaßt maßgebende Persönlichkeiten aus allen elsässischen Industrie- und Handelskreisen. Zu seinen Beratungen wurden Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen, von der rechtsstehenden katholischen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten hinzugezogen. Ein ausführlicher Bericht, welcher der Regierung in Paris vorgelegt wurde, beschreibt die Lage und zählt die Mittel auf, die nach Ansicht der einheimischen Sachverständigen dazu angetan sind, das Schlimmste zu verhüten. Die Regierung hat auch bereits, was zweifelsohne als ein erstes greifbares Ergebnis des „Groupement“ bei der Pariser Zentrale zu werten ist, die Verwendung von 2 mal 25 Millionen f. Franken aus dem Ertrag der Nationallotterie zugunsten der elsässischen Wirtschaft in Aussicht gestellt. Am 10. Juni versammelten sich gleichzeitig in Straßburg und Colmar die beiden elsässischen Bezirkstage (Conseils Généraux), um in einer außerordentlichen Sitzung, deren Tagesordnung nur diesen einen Punkt enthielt, über den Bericht des „Groupement de vigilance“ zu beraten. In einem allgemeinen Wunschantrag machten sich die Generalräte die Schlussfolgerungen des „Groupement“ zu eigen. Die schon weiter oben erwähnten Vorgänge, wie die Verlegung der Generaldirektionen der Kaliwerke und der Eisenbahnen, wurden dabei als „Auspowerung des Elsaßes“ gekennzeichnet. Von den einzelnen Wünschen, die die Generalräte an die Regierung richteten, seien hier nur erwähnt: Neugründung von Industrien im Lande mit der Unterstützung des Staates — Verhandlungen mit dem Reich, um die dort eingefrorenen Gelder frei zu bekommen — Handelspolitische Vorkehrungen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß das Elsaß auf die Ausfuhr angewiesen ist — Berücksichtigung des Elsaßes bei der Vergabe staatlicher Arbeiten und Lieferungen — Bessere Transporttarife — Begünstigung des Straßburger Hafens — Rückverlegung der Kali Gesellschaft nach Mülhausen u. a. Endlich wurde eine Art von Überbank (Société anonyme de Crédit à l'industrie alsacienne) mit einem Kapital von 20 bis 30 Millionen, an der die Bezirke (Départements) als öffentliche Körperschaften beteiligt sein sollen, ins Leben gerufen. Diese Gesellschaft will Obligationen, Kassenscheine usw. in der Höhe von 250 Millionen ausgeben. Ihre Gelder darf sie nur elsässischen Unternehmungen zur Verfügung stellen.

Damit ist ein Versuch in die Wege geleitet worden, der in jeder Hinsicht das größte Interesse verdient. Im Elsaß wird man dem Abgeordneten Rossé für seine verdienstvolle Tätigkeit in dieser Angelegenheit Dank wissen. Die Gründung des „Groupement alsacien de vigilance et d'action économique“ und dessen Vorschläge beweisen besser als alles andere 1. daß die Assimilierungspolitik auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht nur Bankrott gemacht hat, sondern unser Land, das fürwahr von der

Natur reich gesegnet ist, an den Rand des Ruins gebracht hat, 2. daß sich der Gedanke der elsässischen Selbsthilfe mit elementarer Wucht Bahnen gebrochen hat und heute im Lande von keiner politischen oder wirtschaftlichen Gruppe, die noch ernst genommen werden will, mehr abgelehnt werden kann. Mit anderen Worten: die elsässische Wirtschaft hat nur noch eine Hoffnung, und diese Hoffnung gründet sich auf die Selbstverwaltung. Man wird es den Männern, die von jeher die Selbstverwaltung als unbedingt notwendig für das Leben des so viel umstrittenen Landes zwischen Rhein und Vogesen erklärt haben, nicht verdenken dürfen, wenn sie heute feststellen, daß ihre Auffassung — leider — in der eklantatesten Weise von der Ereignissen bestätigt wurde.

#### 4.

Daß andernorts über diese Entwicklung, das heißt nicht über den Niedergang der elsässischen Wirtschaft, der gewissen Politikastern vollkommen gleichgültig ist, sondern über die Tatsache, daß die von ihnen seit Jahr und Tag mit einer fanatischen Verbohrtheit vertretene Politik der Gleichmacherei so elendiglich Schiffsbruch erlitten hat, ein großer Ärger Platz gegriffen hat, ist ebenfalls nicht verwunderlich. Die Stellung dieser Leute war in der letzten Zeit so schlecht geworden, daß sie eine Ablenkung brauchten. Und den günstigen Augenblick für ihr schäbiges Manöver hielten sie für gekommen, als nach dem Anschluß Österreichs an das Reich in Paris die Nervosität einen hohen Grad erreicht hatte. Plötzlich erschienen zuerst in Pariser Linkszeitungen, sodann auch in Organen der Rechten und ausgesprochenen Boulevardblättern sensationell ausgemachte Reportagen über „Hitler im Elsaß“ — „Das Hakenkreuz im Elsaß“ — „Nationalsozialistische Wühlereien hinter der Maginotlinie“, deren Inhalt allein durch diese Titel genügend umschrieben sein dürfte. Da der Schreiber dieser Zeilen selbst immer wieder in diese Pressekampagne miteinbezogen wurde, soll hier nur insofern auf sie eingegangen werden, als sie ein allgemein politisches Interesse bietet. Von der kommunistischen „Humanité“ bis zum „Petit Journal“ des Herrn La Rocque wurde dem harmlosen französischen Zeitungsleser, dem ein Gruseln nach dem andern über den Rücken gehen möchte, als furchtbare Tatsache gemeldet, daß weitverzweigte nationalsozialistische Organisationen in Elsaß-Lothringen Fuß gefaßt hätten und daran dächten, Hitler in nicht allzu ferner Zeit ins Land zu rufen. So berichtete ein Blatt, das Absenden einer Ergebenheitsadresse „Modell Henlein“ (?) an den deutschen Reichskanzler hätte nur im letzten Augenblick durch die Wachsamkeit der Polizei verhindert werden können, während ein anderes die Photographie eines angeblich elsässischen Eisenbahnwagens wiedergab, auf dem mit riesigen Buchstaben Sähe wie: „Es lebe Deutschland und sein Führer, Heil Hitler, Sieg Heil“ usw. zu sehen waren. Jeder Artikel schloß selbstverständlich mit der Aufforderung an die Regierung, ohne weiteren Verzug dazwischenzufahren. Dabei war das Bedenkliche,

daß verschiedene dieser Reporter, welche anscheinend nur ins Elsaß kamen, um die Erklärungen, die sie von im politischen Leben stehenden Persönlichkeiten erhalten hatten, nachträglich in ihren Zeitungen in das gerade Gegenteil zu verkehren, von der politischen Polizei mit Material versorgt wurden, das sie allerdings denkbar ungeschickt verwerteten. Um von dem Mißerfolg der Assimilierungspolitik abzulenken, sollte also ein neues Komplott gegen eingesessene, seit langem in voller Legalität arbeitende Parteien aufgezogen werden. Alle diejenigen sollten endgültig mundtot gemacht werden, die immer dem Pariser Kurs entgegentreten, wenn er den elsaß-lothringischen Interessen zuwiderläuft. Inzwischen scheinen auch maßgebliche Stellen in Paris selbst erkannt zu haben, welches Unheil diese zweifellos nach einer vorher festgelegten Regie arbeitenden Zeitungsschreiber bereits angerichtet hatten. Was nämlich noch kein Mensch in Elsaß-Lothringen proklamiert hatte, posaunten Pariser Journalisten in Blättern mit Millionenauslagen in die ganze Welt hinaus: daß in Elsaß-Lothringen eine starke nationalsozialistische, den Anschluß an das Dritte Reich erstrebende Strömung bestehe. Um das geradezu Unglaubliche an diesem Pressefeldzug zu kennzeichnen, genügt wohl die Feststellung elsässischer Kreise, daß diese Journalisten, wenn sie vom Propagandaminister Goebbels bezahlt gewesen wären, um einen deutschen Anspruch auf Elsaß-Lothringen zu rechtfertigen, nicht anders hätten handeln können. Einsichtige Franzosen waren denn auch von der ganzen Sache peinlich berührt. Im Elsaß selbst haben diese Presseangriffe, die sich zeitweise zu einem wahren Trommelfeuer auf einzelne politische Organisationen des Landes steigerten, der Regierungssache sehr geschadet. Daß gar das Ansehen des Pariser Zeitungswesens auf den Nullpunkt gesunken ist, braucht hier schon gar nicht mehr betont zu werden. Was soll man auch von sogenannten großen Zeitungen halten, deren Berichterstatter buchstäblich als Vockspitze der Polizei arbeiten? Oder welchen Kredit verdienen Zeitungen, die, um die Gehässigkeit der elsaßischen Heimatrechtler gegen Frankreich zu beweisen, Plakate, welche die deutsche Propaganda während des Krieges verwandte, als solche der Autonomisten veröffentlichten (!) oder die, um das Unheimliche nationalsozialistischer Massenversammlungen in Straßburg zu zeigen, die Photographie einer harmlosen Versammlung der „Arbeitsgemeinschaft der Kirche Augsburger Konfession“ wiedergeben!?

Daß dies alles noch im Namen der Demokratie geschieht, gehört zu den ironischen Zufällen des Lebens, an denen gerade die elsaßische Geschichte nie arm war. Ist es doch jetzt auch vorgekommen, daß ausgerechnet die „Liga der Menschenrechte“, die bekanntlich zur Verteidigung aller Opfer von Regierungswillkür und Gewaltmaßnahmen gegründet wurde, in einer besonders geharnischten Erklärung die Anwendung brutaler Gewalt gegen die elsaßischen Heimatrechtler fordert!

Bis jetzt war man in Paris trotz allem besonnen genug, um sich nicht zu neuen Torheiten hinreißen zu lassen. Vermutlich hat auch die Warnung

elsässischer Parlamentarier bei den zuständigen Stellen ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die ganze Diskussion aber um Elsaß-Lothringen, die dieses Mal von Paris her aufgeworfen wurde, zeigt nur zu gut, daß eben manches noch unbereinigt ist. Vielleicht schlägt manchen Leuten angesichts der bedrohlichen Zuspizung der wirtschaftlichen Lage im Lande das Gewissen. Sie können es nicht mehr verbergen, daß sie mit ihren sturen Zentralisierungsbestrebungen, deren Trümmer sich auf kulturellem Gebiet (Schul- und Sprachenpolitik!) ebenso anhäufen, wie auf wirtschaftlichem, wenn auch dort die Schäden nicht so sichtbar sind, der deutschsprachigen Minderheit in Elsaß-Lothringen, die nun einmal besondere Interessen zu verteidigen hat, in seelischer, geistiger und materieller Hinsicht schlimm zugesezt haben, ohne übrigens Frankreich nur im geringsten zu nützen.

Man kann nur hoffen, daß in Zukunft eine Politik getrieben wird, die diesen Grundsatz anders als bisher Rechnung trägt und der sichlichen Betrachtung der Dinge nahekommt, wie sie sich in der Arbeit des „Groupement alsacien de Vigilance“, dieser elsässischen Wirtschaftsfront, andeutet. Dann wird von selbst jede Neigung zu Aktionen verschwinden, die, wie der eben erwähnte, unsinnige Presserummel, nur aus unnötiger Angst und einem höchst unberechtigten Ressentiment herrühren können.

## Politische Rundschau

### Schweizerische Umschau.

**Vor der Bundesfeier. — Das Schweizerische Strafgesetzbuch, ein Koloss auf tönernen Füßen. — Landesausstellung ohne Wehrausstellung? — Die Reform der Bundesfinanzen gescheitert.**

Als man sich im Jahre 1891 zur „sechsten Säcularfeier des ersten ewigen Bundes vom 1. August 1291“ anschickte, hielt es der Bundesrat für tunlich, den Eidgenossen die Bedeutung des Tages auseinanderzusezen. So entstand jenes schöne Werk von Professor Dr. Carl Hilti über „Die Bundesverfassungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft“, ein Buch, dem man auch heute noch Beachtung wünschen möchte. Seither sind nun bald fünfzig Jahre übers Land gegangen, und die „Bundesfeier“ hat sich eingelebt. Es siele darum wohl niemandem mehr ein, über ihre Bedeutung ein Buch zu schreiben. Wir wissen doch alle zur Genüge, um was es sich handelt! Ja, selbst die Ansprachen, welche jeweils gehalten werden, und welche dem Sinne der Feier gerecht werden wollen, erscheinen einer Großzahl von Leuten nicht mehr als die kostlichen Kerne des Tages, sondern bloß als „unvermeidliche Requisiten“. Dafür wendet sich die Aufmerksamkeit um so mehr allerlei anderen sichtbaren und hörbaren Darbietungen zu, und Mancher baut die „Feier“ auch nach seinem eigenen Gutdünken zu einem regelrechten „Fest“ aus. Auf diese Entwicklung der Bundesfeier möchte ich hier zu reden kommen.

Die „sechste Säcularfeier“ des Jahres 1891 war seinerzeit als einmalige Veranstaltung gedacht. Sie wiederholte sich deshalb in den folgenden Jahren auch